

# Wir zahlen nicht für Eure Krise!

Nach den Wahlen kommt es hammerhart: Massenentlassungen - Lohnkürzungen - Mehrwertsteuererhöhung - Erhöhung der Sozialbeiträge - Kürzungen bei Rente und Arbeitslosengeld - Keine Perspektive für Millionen von Jugendlichen

**480 Milliarden Euro „Rettungspaket“ Sinkende Löhne und Stellenabbau**



Auch 2009 geht die Party weiter: Gehälter, Boni und Abfindungen in Millionenhöhe für Banker und Vorstände der DAX-Unternehmen.

Lohnverzicht durch Kurzarbeit oder Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich. Entlassungen bei Arcandor und in vielen Metallbetrieben.

- ➔ **Gemeinsam kämpfen für Arbeit, Bildung, Leben!**
- ➔ **LINKE wählen – LINKE verändern**
- ➔ **Die Reichen sollen zahlen – für Millionärssteuer, Vermögenssteuer, Anhebung der Spitzensteuer**
- ➔ **Weg mit Hartz IV und Ein Euro-Jobs**
- ➔ **10 Euro Mindestlohn**
- ➔ **Milliarden für Bildung, Gesundheit, Soziales**
- ➔ **Verteilung der Arbeit auf Alle: 30-Stunden-Woche bei VOLLEM Lohn- und Personalausgleich**
- ➔ **Kampf um den Erhalt aller Arbeitsplätze**
- ➔ **Betriebe, die entlassen – Verstaatlichen unter demokratischer Kontrolle von Belegschaft und arbeitender Bevölkerung**

 **SAV** ***Sozialistische  
Alternative*** 

[www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info) – [info@sav-online.de](mailto:info@sav-online.de) - ☎ 030 / 24 72 38 02

V.i.S.d.P.: A. Teweleit, c/o SAV, Littenstr. 106, 10179 Berlin

## Gemeinsam Kämpfen

Wie können Arbeitsplätze und Lebensstandard in der Krise verteidigt werden? Das geht nur, wenn wir uns gemeinsam wehren! Lohnverzicht und weitere Zugeständnisse an die Bosse sichern keine Arbeitsplätze. Die Gewerkschaftsführungen setzen in einer Zeit, wo der Klassenkampf von oben organisiert wird, auf Co-Management und Sozialpartnerschaft. Kurzarbeit und Transfergesellschaften sind aber keine Lösung sondern verzögern nur Entlassungen.

Ein radikaler Kurswechsel der Gewerkschaften ist nötig: Der Kampf um den Erhalt aller Arbeitsplätze, gegen Lohnverzicht und gegen Sozialabbau durch die Regierung muss organisiert werden. Die Beschäftigten verschiedener Betriebe, Erwerbslose, Jugendliche und RentnerInnen dürfen nicht jeder für sich isoliert bleiben. Ein eintägiger Generalstreik wäre ein wichtiger Schritt um der Politik von oben Einhalt zu gebieten. Wenn die DGB-Gewerkschaften dazu aufrufen, wären Millionen auf der Straße.

## Gegen die Parteien des Sozialabbaus

### – LINKE stärken

Eine Alternative zur Politik der etablierten Parteien – CDU, FDP, SPD und Grünen – ist dringend nötig. Nicht nur eine schwarz-gelbe Regierung wird Sozialabbau betreiben. Auch die SPD hat spätestens seit der Agenda 2010 klar gemacht, dass sie für brutalen Sozialabbau steht. Anstatt weiter auf die SPD zu setzen, sollte die Gewerkschaftsführung deutlich machen – keine Stimme für die Parteien des Sozialabbaus.

DIE LINKE ist die einzige Partei mit der Chance auf einen Einzug in den Bundestag, die auf der Seite von Beschäftigten, Erwerbslosen, Jugendlichen und RentnerInnen steht. Sie setzt sich für die Abschaffung von Hartz IV, die Rücknahme der Rente mit 67, für einen

Mindestlohn ein. Der Partei DIE LINKE am 27. September die Stimme zu geben, ist ein klares Votum gegen das Abladen der Krise auf dem Rücken der Arbeiterklasse.

Gleichzeitig muss aber auch in der LINKEN für eine konsequente Politik im Interesse der Arbeiterklasse gestritten werden. Regierungsbeteiligungen der LINKEN mit der SPD führen, wie man am Beispiel Berlins sehen kann, zu Beteiligung an Kürzungspolitik. Stattdessen wird aber eine glaubwürdige LINKE gebraucht, die überall den Widerstand gegen soziale Kürzungen organisiert! Daher ist es nötig, sich auch aktiv einzumischen und mitzuhelfen, dass eine Partei aufgebaut wird, die konsequent die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertritt.

## Für eine sozialistische Alternative

Im Kapitalismus zählt der Profit und nicht die Bedürfnisse der Menschen. Reparaturen am System reichen nicht, um das zu ändern. Eine grundsätzliche Alternative ist nötig. Anstatt für Profite zu wirtschaften, muss die Produktion gemäß den Interessen von Beschäftigten, Gesellschaft und Umwelt organisiert werden. Dazu ist es notwendig, die etwa zweihundert größten Konzerne und Banken in Gemeineigentum zu überführen – unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung von Belegschaft und arbeitender Bevölkerung.

Die SAV ist der Meinung, die Alternative zum Kapitalismus heißt Sozialismus. Grundlage einer sozialistischen Gesellschaft ist nicht das Privateigentum einiger weniger, sondern das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln. Sozialismus hat nichts gemein mit stalinistischen Diktaturen, wie zum Beispiel in der DDR, wo eine privilegierte Bürokratie über die Mehrheit geherrscht hat. In einer sozialistischen Demokratie hat die arbeitende Bevölkerung insgesamt das Sagen. So wäre es möglich, die heutigen Ressourcen im Sinne von Mensch und Natur einzusetzen.

# Mach mit bei den SozialistInnen!

- Ich möchte **weitere Informationen** über euch.
- Ich möchte die **solidarität – SOZIALISTISCHE ZEITUNG** abonnieren. (Kosten und Bedingungen für das Abo: 15 Euro für ein Jahr innerhalb Deutschlands, 20 Euro für ein Jahr außerhalb Deutschlands. Das Abo verlängert sich nach Ablauf um ein weiteres Jahr und kann jederzeit gekündigt werden.)
- Ich möchte ein **Förderabo** der **solidarität – SOZIALISTISCHE ZEITUNG** mit einer monatlichen Spende von \_\_\_ Euro (ab 3 € pro Monat)
- Ich will Mitglied der SAV werden

.....  
PLZ und Ort

.....  
Telefon/Email

Dazu ermächtige ich – jederzeit widerruflich – die SAV, 15 € /20 € oder meine regelmäßige Spende von meinem Konto einzuziehen.

.....  
Name KontoinhaberIn

.....  
Kontonummer

.....  
Bank

.....  
Bankleitzahl

.....  
Name

.....  
Datum

.....  
Unterschrift

.....  
Straße

Bitte ausschneiden und senden an:  
SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin oder  
Fax: 030 – 247 238 04

